



FLÜCHTLINGSRAT MV, PF 11 02 29, 19002 SCHWERIN

Landesamt für innere Verwaltung  
Der Behördenleiter  
Herrn Wolfgang Isbarn

Postfach 12031  
19018 Schwerin

**Vorstand**

**Ulrike Seemann-Katz**  
Vorsitzende

Postfach 11 02 29  
19002 Schwerin

Tel. 0385 – 581 57 90  
Fax 0385 – 581 57 91  
Mobil 0172 – 32 44 842  
Email: kontakt@fluechtlingsrat-mv.de

www.fluechtlingsrat-mv.de

Schwerin, 3. April 2020

**Antwort auf Ihren offenen Brief vom 2020**

Sehr geehrter Herr Isbarn,

vielen Dank für Ihre offenen Worte. Sie haben dabei den öffentlichen Weg gewählt, weshalb mir nun auch wieder nichts bleibt, als nochmals öffentlich unsere Motivation darzustellen, teils unseres Erachtens unrichtige Aussagen richtigzustellen und auch für bereits erfolgte verbessernde Maßnahmen zu danken.

Sie schreiben von einer medialen Kampagne unsererseits, die es so organisiert und professionell, wie man es von Kampagnen erwartet, gar nicht gab. Es gab vielmehr eine Beschlusslage bei uns für eine Pressemitteilung, die ich am 26.03.2020 veröffentlichte und deren Inhalt umgehend zurückgewiesen wurde, ohne dass für uns irgendeine Prüfung des Sachverhalts erkennbar gewesen wäre.

Dieser Pressemitteilung ist unsere Motivation zu entnehmen:

- Nichtumsetzung des Abstandsgebots für Nichtverwandte
- Forderung nach einem Konzept, wie mit dieser Herausforderung umzugehen ist
- Vorschlag gemäß Schreiben des Deutschen Jugendherbergswerks – DJH vom 12. März 2020
- Unterbringung in kleineren Einheiten
- Information der Asylsuchenden in einer für Sie verständlichen Weise, weil wir in der telefonischen Beratung die Bescheide des Gesundheitsamtes in deutscher Sprache als Foto erhielten und erklären sollten.

Vorstand: Ulrike Seemann-Katz, Sabine Klemm, Roland Schrul, Christian Wöhlke, Katharina Herold, Timona Brusberg-Moratzky  
Amtsgericht Schwerin: VR 958

Bank für Sozialwirtschaft | BIC: 10020500/BFSWDE33BER | IBAN: DE66100205000001194300

Der Flüchtlingsrat MV e.V. wird u. a. gefördert durch:

**PRO ASYL**  
Förderverein PRO ASYL e.V.



Wir haben in dieser Pressemitteilung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die derzeit infizierten Geflüchteten gesund nach Deutschland kamen und hier Schutz suchten. Wörtlich heißt es in der Erklärung: „Stigmatisierende Zuschreibungen, wie sie derzeit gegenüber in der Flüchtlingsarbeit Tätigen, gegenüber Behörden, Politik und Medien geäußert werden, sind fehl am Platz.“ Seien Sie sicher, dass wir uns nicht von bestimmten Interessen instrumentalisieren lassen.

Vielleicht ist eine Beschreibung des Ablaufs der Ereignisse nach der Pressemitteilung besser, als von einer medialen Kampagne zu sprechen.

- Das DJH schrieb uns, es habe nicht einmal eine Antwort auf sein Angebot erhalten.
- Andere Organisationen suchten unseren Kontakt, um uns zu bestärken.
- Pro Bleiberecht startete die Petition für dezentrale Unterbringung
- Außer Geflüchteten nahmen nun auch Mitarbeitende der Malteser zu uns Kontakt auf
- Es erschien der Artikel im Nordkurier vom 31.03., der nicht auf unsere Aktivitäten zurückging, sondern offensichtlich von weiteren Mitarbeitenden der Malteser oder anderen Insidern.
- Wir erhielten zunehmend Fotos von Geflüchteten inklusive Fragen und Beschwerden.
- Die Flüchtlingsräte Bayern und Bremen zeigten Behörden an.

Wir haben nicht alle erhaltenen Fotos veröffentlicht und werden dies auch weiterhin nicht tun. Ebenso gibt es Aussagen, die eher nichts für die Öffentlichkeit sind. Unsere Mitarbeiter\*innen haben genauso das Gespräch zu Mitarbeitenden der Malteser gesucht wie ich. Es haben Gespräche stattgefunden, auch wenn uns alle (!) Beteiligten mitteilten, es gebe ein Redeverbot mit uns. Das übrigens zerstört Vertrauen.

Sie schreiben, es gehe Ihnen vor allem um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Stern Buchholz ihren Job machen. Da sind wir durchaus einer Meinung, denn gerade die haben sich ja an uns gewendet, und genau auch um die ging es uns bei unserer Pressearbeit wie auch um die Bewohner\*innen.

Allen Menschen, die in dieser Corona-Zeit unter großem Risiko für sich selbst Dienst am Menschen tun, gilt unser Respekt und unser Dank. Das schließt natürlich alle Mitarbeitenden der genannten Einrichtungen mit ein.

Aber unabhängig voneinander haben sie uns diverse Missstände geschildert, die Ihnen vermutlich nur zum Teil bekannt sind, weil – so auch ein O-Ton – die ja nie bei Ihnen ankämen. Die Mitarbeitenden klagten über Überstunden, Überforderung, fehlende Schutzmaßnahmen und -kleidung (Stand 31.03.2020), Redeverbot auch zwischen den Häusern, man dürfe sich nicht über Probleme austauschen. Die Geflüchteten klagten über Ängste, fehlende Informationen, unhygienische Zustände und unterschiedliche Vorfälle. Das wäre alles Stoff für ein persönliches Gespräch.

Den o.g. Artikel vom Nordkurier habe ich erst am 01.04. zur Kenntnis erhalten. Darin ist von Vertuschung die Rede und von Vorwürfen, es habe die Absicht gegeben Dienstpläne nachträglich zu ändern, um Infektionswege zu verschleiern. Dieser starke Vorwurf war bis dahin uns gegenüber zu keiner Zeit geäußert worden. Wir haben ihn nicht gemacht.

Alle sonstigen Aussagen unterschiedlicher Personen deckten sich aber in einigen Punkten. Auch die Bilder, die zu unterschiedlichen Zeiten von unterschiedlichen Personen gemacht wurden, sprechen für



sich. Ein starker Vorwurf, der bis jetzt nicht ausgeräumt werden konnte, ist beispielsweise, dass Geflüchtete mit Symptomen sich beim Arzt melden sollen, das aber gar nicht können, weil sie von Mitarbeitenden weggeschickt werden. Auch diese Aussage kommt nicht nur von den Geflüchteten.

Unsere Fragen, Vorschläge wurden regelmäßig als „Quatsch“, Unwahrheit, unrechtmäßiger Vorwurf abgebügelt; zu wirklichen Gesprächen kam es gar nicht.

Völlig unverständlich ist mir in dem Zusammenhang, an welcher Stelle wir alle Mitarbeitenden aller Beteiligten an der Einrichtung in Stern Buchholz pauschal beschuldigt hätten. Das war zu keiner Zeit der Fall und konnte es auch gar nicht, uns war bislang nicht einmal bekannt, dass das Krankenhaus Crivitz dort beteiligt ist. Mit Mediclin, ExSiro und Menu 2000 haben wir nie gesprochen und auch nicht gegen sie. Überhaupt geht es uns nicht darum persönliche Anschuldigungen vorzunehmen, uns geht es um die strukturellen Ursachen, die SARS-CoV-2-Präventionsmaßnahmen unter den Bedingungen einer Erstaufnahmeeinrichtung für ca. 500 tatsächliche und 1.100 mögliche Bewohner\*innen aus unserer Sicht unmöglich machen.

Sie schreiben, wir hätten zeitnah Antworten auf unsere Anfragen bekommen. Auch das ist nicht der Fall. Mein Telefonat mit dem Gesundheitsamt Schwerin fand vormittags um 10:38 Uhr statt; beim NDR war ich nachmittags. Dieses Gespräch mit dem Gesundheitsamt verlief nicht unsachlich. Uns wurde zugesichert, unsere Punkte mit in eine Telefonkonferenz zu nehmen. Eine begründete Antwort an uns seitens des Gesundheitsamtes steht noch immer aus.

Wir haben in dem Beitrag das Gesundheitsamt aufgefordert alles genau zu überprüfen, weil hier offensichtlich Wort gegen Wort steht. Wir haben außerdem gefordert von Amts wegen zu ermitteln. Dies geht vor allem auf den Artikel im Nordkurier zurück. Die Staatsanwaltschaft haben wir nicht konkret aufgefordert. Uns liegt es fern, eine öffentliche Schlammschlacht zu veranstalten, zumal eine rechtliche Würdigung in der Abwägung des Problems „Corona-Bekämpfung mit Abstandsregeln“ auf der einen Seite und auf der anderen Seite AnKER- bzw. Gemeinschaftsunterbringung ja nun bereits in den Ländern Bayern und Bremen stattfindet.

Zur Entschärfung der Situation: Die Flüchtlingspastorin steht ebenso wie unsere Mitarbeiter\*innen telefonisch und elektronisch in ständigem Kontakt mit Flüchtlingen der EAE Stern Buchholz und bestätigt unsere Informationen und Erfahrungen. An den Innenminister wurde seitens der Nordkirche auch der Vorschlag übermittelt, als Corona-Ausweichunterbringung kirchliche Einrichtungen zu öffnen und besonders schutzbedürftige Flüchtlinge hier unterzubringen. Es stünden mehrere hundert Plätze und auch Personal für besonders Schutzbedürftige, Vorerkrankte und Familien zur Verfügung.

Es gibt immer noch mehr freiwillig Engagierte in der Flüchtlingsarbeit als zu Beginn von 2015. Viele der damals Engagierten sind auch noch immer da und stünden bereit, wenn es erforderlich wäre. Mitglieder von uns haben auch schon angeboten, in Stern Buchholz ehrenamtlich unterstützend tätig werden zu können, bei der Aufklärung zu helfen. Sie wurden abgewiesen, aber nicht mit der Begründung des Betretensverbotes, was verständlich gewesen wäre. Wir haben es dann erklärt, warum.

Vorstand: Ulrike Seemann-Katz, Sabine Klemm, Roland Schrul, Christian Wöhlke, Katharina Herold, Timona Brusberg-Moratzky  
Amtsgericht Schwerin: VR 958

Bank für Sozialwirtschaft | BIC: 10020500/BFSWDE33BER | IBAN: DE66100205000001194300

Der Flüchtlingsrat MV e.V. wird u. a. gefördert durch:



Uns ist in jedem Fall an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gelegen. Wir hatten übrigens das Land wie auch den Bürgermeister bei der medialen Auseinandersetzung in den sozialen Netzwerken zur Quarantäneeinrichtung in Parchim durchaus unterstützt. Am 26.03. haben wir ein dementsprechendes Posting veröffentlicht.

Wir bieten Ihnen gerne ein Gespräch an, in dem wir Punkte, die vielleicht nicht alle für die Öffentlichkeit bestimmt sind austauschen können, in dem wir unsere immer noch unbeantworteten Fragen vielleicht doch noch einmal stellen können, in dem wir vielleicht auch sachliche Information bekommen anstatt Vorwürfen. Sicher trägt ein Gespräch miteinander besser zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit bei als der Austausch offener Briefe.

Freundliche Grüße

Ulrike Seemann-Katz  
Vorsitzende